

RATHAUSREPORT

15. Jahrgang

50. Stadtverordnetenversammlung vom 2./7. Juli 2008

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 6/08

► Kostenloses Schulessen ► Wassertaxi ► Schulwegsicherung

Wohnraumsituation im Blick

Mit einer Großen Anfrage hat DIE LINKE die Verwaltung zur Analyse der Wohnungssituation insbesondere junger Erwachsener in Potsdam aufgefordert. Bei aller Euphorie über das seit 1990 Erreichte: Die Antworten der Verwaltung zeige, so Siegmund Krause, DIE LINKE, dass die Verwaltung es seit 1990 nicht für nötig erachtet habe, auf Versäumnisse, Defizite und die entsprechenden Schlussfolgerungen bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum einzugehen. Fakt bleibe, dass sich die Verringerung der Belegungszahlen negativ insbesondere für den angesprochenen Personenkreis auswirke.

Die Antworten machen zugleich das Defizit der aktuellen Stadtpolitik, die im Wohnungsbau einzig auf Landes- und Bundesfördermittel setze, deutlich. Das starre Blicken auf das Älterwerden der Gesellschaft verhängt eine Denksperre, die mit Blick auf die nachfolgende Generation, auf junge Familien mit Kindern, Studenten und Singles aufgebrochen werden müsse. Positiv sei, dass der Wohnungsmarkbericht, den DIE LINKE gefordert hatte, zeitgleich mit den Antworten auf die Anfrage vorgelegt wurde. (Alle Fragen und Antworten können in der Geschäftsstelle der Linksfraktion nachgelesen werden.)



Angenommen

Unterstützung

Gegen die Stimmen der CDU wurde der Linksfraktionsantrag angenommen, dass der OB den Verein „Freundeskreis Uhlandstraße 24“ in seinem Bemühen, ihr Wohnprojekt und den Kiez-Treff zu erhalten, unterstützen muss.

Ehrenamtpass

Auf Antrag der LINKEN muss der OB im Zusammenhang mit dem zu erarbeitenden Ehrenamtskonzept zum IV. Quartal 2008 auch einen Vorschlag zur Einführung eines Ehrenamtpasses in Potsdam vorlegen.

Postfiliale

In Gesprächen mit dem Eigentümer muss der OB auf Antrag der LINKEN Nutzungs- und Verwertungsabsichten für das Gebäude der ehemaligen Postfiliale Am Stern klären, mit dem Ziel, eine städtebauliche Verbesserung der Stadtteilqualität auch im Einmündungsbereich Newton-/Ziolkowskistraße zu erreichen.

Bürgertreff

Auf Antrag der LINKEN muss der OB den Neubau eines Saales im Käthe-

Kollwitz-Heim in der Waldstadt II mit den Möglichkeiten der Stadt unterstützen. Dabei soll künftig der Bedarf des Wohngebietes an einem Bürgertreff und – zumindest vorübergehend – der Bedarf des OSZ II an einem großen Raum Berücksichtigung finden.

Festivalgarantien

Auf einen Antrag der LINKEN geht der Beschluss der StVV zurück, dass der OB das Verfahren darzustellen hat, wie mit den freien Trägern der Kultur, die überregional wirksame und international beachtete, jährlich wiederkehrende Festivals veranstalten, Zielvereinbarungen für diese Veranstaltungen abzuschließen sind, die für die Kulturträger Planungssicherheit ermöglichen und für das Kulturmarketing der Stadt feststehende Höhepunkte sichern.

Masterplan Potsdamer Westraum

Bei der Beplanung des ländlichen Raumes muss der OB den „Förderkreis Potsdamer Westraum“ unterstützen und ihn in die Planungen und die Umsetzung von Maßnahmen einbeziehen. Genutzt werden sollen dabei

Fortsetzung auf Seite 2



Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Misstrauen gegenüber der Stadtverwaltung ist angebracht, wie sich in der Juni-StVV erneut zeigte. Meine Fraktion hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Stadt zumindest ihrer moralischen Verpflichtung gegenüber den ehemaligen Angestellten des Tierheimes gerecht wird. Deshalb haben wir die Sozialbeigeordnete und die Betroffenen in die Fraktion eingeladen. Im Ergebnis gab es die klare Aussage der zuständigen Beigeordneten, dass für alle vier ehemaligen Mitarbeiter eine Beschäftigung in der Stadtverwaltung nachgewiesen werden kann. Nunmehr kündigte der OB mit „markanten Worten, die im Sitzungsprotokoll aufgenommen wurden, an, dass er Einladungen, die wir gegenüber der Verwaltung zur Teilnahme an unseren öffentlichen Fraktionssitzungen aussprechen, gründlich prüfen und „wenn nötig“ auch verbieten werde. Das zeugt nicht gerade von reinem Gewissen und transparenter Rathauspolitik. Im Übrigen habe der OB keinerlei Veranlassung, außergerichtliche Vereinbarungen mit den Tierheimmitarbeitern zu schließen. Dass wir mit dem Thema Tierheim einen wunden Punkt getroffen haben, zeigte sich auch daran, dass der OB in drastischer Weise darauf verwies, dass er alle rechtlichen Konsequenzen gegen den Tierschutzverein nutzen werde, sollten nicht unverzüglich die an den Bau eines neuen Tierheimes gekoppelten Spendeneinnahmen des Vereins an die Stadt zurückgezahlt werden. Dies im Wissen darum, dass dieses Geld vom Verein fest angelegt und nicht sofort verfügbar ist. Auch hat sich die Verwaltung bei der europaweiten Ausschreibung für den Bau eines neuen Tierheimes ein Hintertürchen offen gelassen: Der Neubau muss nicht zwingend auf dem Territorium der Stadt erfolgen. Dies alles widerspricht der Beschlusslage. Wir werden dranbleiben und nicht zulassen, dass hier wieder – wie schon so oft – durch die Verwaltung gegen die Beschlüsse der StVV vorgegangen wird.



*Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL*



im Juli 2008
Von Dr. Sigrid Müller

Kinder und Jugendliche: Ja! Aber ...

Potsdam gilt begründet als die familienfreundlichste Stadt bundesweit. Dieser Ruf muss erhalten bleiben. Diskussionen der letzten Wochen haben diesen Ruf aber eher konterkariert. Themen, die die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen berühren, wurden von Befindlichkeiten überlagert, das Wohl der Kinder und Jugendlichen war da nicht selten untergeordnet.

Wie sonst ist es zu erklären, dass 4 Monate verstrichen sind, ohne dass der Oberbürgermeister einen Ersatzstandort in der Innenstadt für den geschlossenen Jugendklub S13 benennen kann. Den Auftrag hat er auf der Grundlage eines Antrages der LINKEN seit dem 5. März 2008.

Wie sonst ist es zu erklären, dass Eltern, Lehrer und Schüler der Bruno- H.- Bürgel- Grundschule erst lautstark auf die eklatanten Missstände in ihrer Schule aufmerksam machen müssen, damit die Probleme wahrgenommen und angefasst werden.

Wie sonst ist es zu erklären, dass Stadtverordnete in Durchsetzung ihres eigenen Beschlusses, dass in der Pappelallee eine Grundschule mit Hort gebaut werden soll, während dieses von ihnen selbst eingeleiteten Prozesses ihre eigene Entscheidung in Frage stellen und so die zeitliche Verzögerung der Inbetriebnahme von Schule und Hort um wenigstens 2 Jahre billigend in Kauf nehmen. Dass sich Rechte und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen weder nach Arbeitsschwerpunkten der Verwaltung noch nach den "Bauchschmerzen" von Stadtverordneten richten, dürfte bekannt sein. Sie sind einfach da! Ihnen muss entsprochen werden. DIE LINKE wird sich, wie bei den genannten Beispielen auch, weiter zuverlässig dafür einsetzen, dass Kinder und Jugendliche in Potsdam unter guten Bedingungen leben und lernen können.

Die Autorin ist Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses der StVV und Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE

auch die Fördermöglichkeiten der Europäischen Union. Dies hatte die LINKE beantragt.

„Mensch und Kosmos“

Der OB muss auf Antrag der LINKEN die notwendigen Maßnahmen zur Rettung der Glasmosaiken „Mensch und Kosmos“ von Fritz Eisel einleiten und prüfen, ob und ggf. wo die Mosaiken künftig gezeigt werden sollen.

Kita-Bedarfsplanung

Im September 2008 muss der OB auf Antrag der LINKEN einen Vorschlag vorlegen, wie künftig durch die Verwaltung koordiniert erfasst werden soll, wie viele Anmeldungen auf Kita-Plätze in Potsdam tatsächlich vorliegen.

Bruno-H.-Bürgel-Schule

Nach Eltern- und Kinderprotesten über die unwürdigen Zustände in der Bruno-H.-Bürgel-Schule folgte die StVV einstimmig einem gemeinsamen Antrag von LINKEN und SPD, wonach der OB im September einen Sanierungsplan für die Schule vorlegen muss. Ziel der weiter beschlossenen Punkte ist es, vor allem die hygienischen und sanitären Zustände an der Schule zu verbessern.

Wassertaxi

Angenommen wurde der Antrag der LINKEN, den OB zu beauftragen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, dass der Campingpark „Sanssouci“ eine Haltestelle des Wassertaxis bekommt.

Turnhallensanierung

In den Werksausschuss KIS und den Hauptausschuss zur Erledigung wurde der Antrag der LINKEN überwiesen, dass die sechs geplanten Sanierungsmaßnahmen an Potsdamer Turnhallen mit sofortiger Wirkung ausgelöst werden. Bereits in der Hauptausschusssitzung im August muss der OB über das Ergebnis berichten.

Zuwendungsbescheide

Obwohl der OB meinte, dass die Stadtverordneten ihm nicht zu sagen hätten, welche Dienstanweisungen er zu erlassen hat, nahm er die „Anregung“ der LINKEN auf, seine Dienstanweisung über die Bewilligung, Auszahlung und Verwendung von Zuwendungen der Stadt zu überarbeiten. Zudem wurde er auf Antrag der LINKEN beauftragt, die Einrichtung einer zentralen Prüfstelle für Zuwendungsbescheide beim Rechnungsprüfungsamt zu prüfen. Ziel der Prüfstelle soll die einheitliche Anwendung und Prüfung von

zuwendungsrechtlichen Bestimmungen sein.

Schulwegsicherung

Im Rahmen der Erarbeitung eines Konzeptes zur Schulwegsicherung muss der OB die Überquerung der R.-Breitscheid-Straße an den Straßenbahnhaltstellen „Bhf. Babelsberg/Wattstraße“ und „Anhaltstraße“ für Grundschulkinder zum Beginn des Schuljahres 2008/09 sichern. Damit folgten die Stadtverordneten einem Antrag der LINKEN.

HOT-Kuratorium

Karin Schröter, DIE LINKE, wird künftig als Mitglied des Kuratoriums der Hans-Otto-Theater GmbH tätig.

Kosten

Künftig muss der OB dem Stadtplanungsausschuss halbjährlich eine aktuelle Kosten- und Finanzierungsübersicht vorlegen, die Ursachen für etwaige Kostenerhöhungen gegenüber den Planungskosten darstellen und die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostendämpfung bei der Baufeldfreimachung für den Landtag dazulegen. Die LINKE hatte dies beantragt.

Kostenloses Schulessen

Mit 19 zu 18 Stimmen wurde der Antrag der LINKEN gegen den erklärten Protest der Verwaltung angenommen, dass mit Beginn des Schuljahres 2008/2009 das Schulessen für sozial bedürftige Schüler/innen unter den Bedingungen ausgereicht wird, dass die Schulleiter die frei Entscheidung darüber haben, welche Schüler als „Härtefälle“ angesehen werden und kostenlos Schulessen erhalten; die Härtefallfonds so auszustatten sind, dass den Schulleitern die freie Entscheidung über die Einstufung von Härtefällen möglich ist. Die Stadtverordneten sprachen sich ebenso dafür aus, dass dies als erster Schritt zur Einführung des kostenlosen Schulessens für alle sozial bedürftigen Schüler angesehen wird.

Familienkarte

Nach heftiger Diskussion wurde der Antrag der LINKEN zur Einführung einer Familienkarte, die in allen städtischen Einrichtungen zu vergleichbaren Bedingungen für alle Familienmitglieder zur Verfügung gestellt werden soll, dahingehend konkretisiert, dass in der nächsten Hauptausschusssitzung zunächst eine Übersicht vorgelegt werden muss, wo es bereits ermäßigte Eintrittskarten gibt und zu welchen Konditionen. Danach soll dann ein weitergehendes Verfahren vereinbart werden.

Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE fragten – die Verwaltung antwortete

Gegen die zunehmende Lärmbelastigung in bestimmten Stadtgebieten könne die Verwaltung nichts machen, habe aber auch noch keine entsprechenden Bürgerbeschwerden zur Kenntnis nehmen müssen, beantwortete die zuständige Beigeordnete die Frage von Karin Schröter, DIE LINKE. Dafür sei die Obere Luftfahrtbehörde zuständig, mit der man sich zwar in Verbindung gesetzt habe, aber ohne Erfolg. Auf Hinweis von Sigrid Müller, DIE LINKE, dass ihre Fraktion bei der Behörde schon selbst nachgefragt habe, die meinte, dagegen nichts machen zu können und wer denn nun eigentlich zuständig sei, meinte die Beigeordnete, dass ihre Verwaltung definitiv nicht zuständig sei.



Welchen alltäglichen Kompromiss die Verwaltung mit der Polizei herbeiführen könne, damit Radfahrer in Potsdam-West auf dem Gehweg und nicht auf Kopfstein geplasterten Straßen fahren können, wollte Karin Schröter wissen. Dies sei schwierig, so die Beigeordnete, da die Polizei auf der Grundlage des Polizeigesetzes tätig werde. Sie werde das Thema aber noch einmal in der Sicherheitskonferenz zur Sprache bringen. Auf die Frage von Ralf Jäkel, DIE LINKE, ob man in Potsdam-West nicht beispielsweise kombinierte Rad- und Fußgängerwege ausweisen könne, zählte die Beigeordnete diverse Schwierigkeiten auf, u. a. die fehlende 2-Meter-Breite der Gehwege, die für eine solche Regelung nötig wäre. Außerdem sehe sie das für Potsdam West nicht für nötig an.



Mit dem Fahrplanwechsel habe der ViP zahlreiche Rabatte eingeführt, die im Kontext aller Ermäßigungen positiv seien, sagte der Kämmerer auf die Frage von Sigrid Müller, warum denn eine Erhöhung der Fahrpreise für Gruppenfahrten zu Ungunsten von Kindern vorgenommen wurde. Damit war die Frage zwar nicht beantwortet, aber mehr wollte der Kämmerer mit Verweis auf das Tarifsystem dazu nicht sagen.



Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, fragte nach den Aufgaben der Verwaltung im Rahmen der Daseinsvorsorge gegenüber alten in Seniorenheimen lebenden Menschen. Da es keine Pflicht mehr gäbe, Pflege- und Seniorenheime in kommunaler Trägerschaft vorzuhalten, sei die Kontrolle der Einrichtungen ausschließlich der zentralen, landesweiten Heimaufsicht überlassen, so die Beigeordnete.



Der Kreisverkehr vor der Erlöserkirche war nie als Kreisverkehr gekennzeichnet und wird es auch nicht werden, so die Beigeordnete auf die entsprechende Frage von Ralf Jäkel. Wenn dies gemacht wer-

den würde, dürfte in dem Verkehrskreis nicht geparkt werden, was angesichts der Parksituation in diesem Bereich von Potsdam-West sicher nicht richtig wäre.



Die Verwaltung nimmt die Anfrage von Ralf Jäkel zur Beseitigung des schlechten Zustandes der gläsernen Lärmschutzwand am Bahnhof Charlottenhof zum Anlass, um mit der Deutschen Bahn über Abhilfe zu sprechen, versicherte die Baubeigeordnete.



In den letzten Wochen wurden viel mehr Katzen als "geplant" in das Pfötchenhotel gebracht. Woher denn diese Diskrepanz zwischen Planung und tatsächlicher Anzahl herrühre, wollte Brigitte Oldenburg wissen. Dies sei dem geschuldet, dass u. a. zahlreiche Würfe zu verzeichnen waren und sich so die Anzahl erhöhte, erklärte die Beigeordnete.



Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE, wollte wissen, welche Maßnahmen perspektivisch für den Lärmschutz an der Umgehungsstraße Drewitz geplant seien. Derzeit gebe es dort keinen Bedarf und auch keine entsprechende Verpflichtung, da weniger als 16.000 Fahrzeuge dort täglich verkehren. Sicherungsmaßnahmen an einzelnen Gebäuden seien jedoch möglich.



Da die Sozialbeigeordnete in einer öffentlichen Veranstaltung gesagt hatte, dass die im Zusammenhang mit dem Bau des Porta-Einrichtungshauses vorgenommene Neugestaltung der Neuendorfer Straße völlig ungeeignet im Sinne von Lärmschutz sei, wollte Hans-Jürgen Scharfenberg den Grund dieser Äußerung wissen. Woraufhin die Baubeigeordnete klarstellte, dass Porta den Umbau entsprechend den Vorgaben des Straßenbaulastträgers durchführt und die Situation nach dem heutigen Stand der Technik erheblich verbessert hat. Dies führte wiederum dazu, dass die Sozialbeigeordnete die bisher geäußerte Meinung revidierte.



Die öffentliche Reinigung der Radwege erfolge in Verantwortung der Baulastträger entsprechend dem Bedarf. Kombinierte Geh- und Radwege wiederum würden regelmäßig im Rahmen der Straßenreinigungssatzung gereinigt, beantwortete die Beigeordnete die entsprechende Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg.



Für die Verteilung der Mittel aus dem Bundesinvestitionsprogramm "Zukunft, Bildung und Betreuung" hätten in Potsdam 9 Mio EUR zur Verfügung gestanden, so

die Beigeordnete in Beantwortung einer entsprechenden Frage von Hella Drohla. Diese seien sowohl für Investitionen als auch für Selbsthilfeprojekte zur Verfügung gestellt worden. Bis auf 3 Schulen haben in Potsdam alle Gesamtschulen diese Förderung erhalten.



Der KIS habe mitgeteilt, dass am 24. August 2008 Baufertigstellungstermin für das Leibniz-Gymnasium auf dem Campus Am Stern sei und es demzufolge keine, wie von Hella Drohla, DIE LINKE, hinterfragte, Bauverzögerung gäbe.



Wie es mit dem Theaterschiff An der Alten Fahrt weitergehe, wollte Karin Schröter wissen. Die Verwaltung konzentriere sich aktuell auf die Vorbereitung zur Bebauung der alten Fahrt. Die Verwaltung habe perspektivisch den Standort für das Theaterschiff im Blick, das bis auf kleine Verschiebungen am Standort bleiben könne. Da dies bislang – wie auf Nachfrage von Karin Schröter bestätigt – in keinerlei Verträgen fixiert ist, würde man die Anregung aufnehmen, so die Beigeordnete.

Zur Wiedervorlage

Uferweg

Ob der OB, wie von der LINKEN gefordert, eine Strategie zum Lückenschluss des öffentlichen Uferweges zwischen den vorhandenen Uferwegen der Stadtmitte am Hinzenberg und in der Neustädtischen Havelbucht erarbeiten muss, beraten jetzt die Ausschüsse.

Barrieren überwinden

Folgen die Ausschüsse dem Antrag der LINKEN, muss der OB eine Übersicht zur Barrierewirkung der Nuthestraße und der Eisenbahnstrecken in Potsdam erstellen lassen mit dem Ziel, Potentiale zur Überwindung der städtebaulichen Barrierewirkung dieser Verkehrsbauten zu analysieren.

Abgelehnt

Keine Unterführung

Der Vorschlag der LINKEN, bei der Umgestaltung der Behlertstraße die kurze Unterführung unter der Kreuzung Berliner Straße zu sichern, wurde abgelehnt.

Keine Kunstprojekte

Gemeinsame Projekt mit Künstlern und Schulen, wie von der LINKEN beantragt, wird es nicht geben. Die Mehrheit der StVV lehnte dies ab.



Rück- und Ausblicke

An dieser Stelle wollen wir in Erinnerung rufen, wofür sich die LINKE in der zu Ende gehenden Wahlperiode eingesetzt hat.

Heute: 2007

Auch 2007 war ein anstrengendes aber nicht weniger interessantes Jahr für die Potsdamer Kommunalpolitik. Im Januar hat die Linksfraktion mehrheitlich – dem Ergebnis der Bürgerbefragung Rechnung tragend – für die Auslegung des B-Planes zum Landtagsneubau auf dem Alten Markt gestimmt. In Ergebnis einer bis dahin nie da gewesenen Diskussion mit der Parteiliste, mit der Verwaltung und in anderen Veranstaltungen wurde ein 7-Punkte-Katalog zum Thema "Landtag wird gebaut, Kitas, Schulen, Altes Rathaus und Stadt- und Landesbibliothek werden saniert" erarbeitet, von dessen Zustimmung das mehrheitliche Ja zum Landtagsneubau abhängig gemacht wurde. In diesem Jahr wurde aber auch deutlich, dass in Potsdam viel zu viel hinter den Kulissen stattfindet und die Stadtverordneten oft erst durch Presseveröffentlichungen erfahren, was wirklich los ist. Und so wurde die Debatte in der StVV hitziger und die Auseinandersetzung zwischen dem OB und dem LINKEN-Fraktionsvorsitzenden schärfer. Dabei ging es um Themen wie Stadtkanalbau, Tier-

heimschließung, Matrosenstation Kongnaes, die Pachterhöhung für die städtischen Erholungsgrundstücke oder die geplante Gründung einer Potsdam-Holding, unter deren Dach alle städtischen Unternehmen gefasst werden sollen. Das selbstherrliche Agieren des Oberbürgermeisters musste immer wieder gebremst werden.

Nach monatelangen, mitunter sehr schwierigen, Diskussionen, ist es gelungen, einstimmig – bei zwei Enthaltungen – den Bebauungsplan für einen öffentlich begehbaren Uferweg am Griebnitzsee zu verabschieden. Dies wurde auch durch das unermüdliche Engagement der entsprechenden Bürgerinitiative möglich. Kurz vor der Sommerpause hat die StVV im Juni das integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) beschlossen, auf Betreiben der LINKEN wurde erreicht, dass auf die Umnutzung des mit 800 Garagen bebauten Grundstücks Am Schäferfeld verzichtet wird.

Trotz heftiger Gegenwehr seitens der Verwaltung konnte DIE LINKE den Verzicht auf den Verkehrsstaufversuch in der Zepelinstraße durchsetzen.

Im Jahr 2007 konnte DIE LINKE u. a. erreichen, dass

■ der OB zügig in Verhandlungen mit dem PORTA-Unternehmen tritt, um die Bebauung der Drewitzer Brache bis Spätsommer 2008 zu ermöglichen;

■ der OB für eine flüssige Verkehrsabwicklung auf dem Hauptstraßennetz der Stadt zu sorgen hat;

■ die Stadt Potsdam den Bau einer Synagoge unterstützt;

■ der OB Voraussetzungen dafür schaffen muss, um die Sozialarbeit an Potsdamer Schulen weiter auszubauen.

■ im Zusammenwirken mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam erreicht werden muss, dass die behindertengerechten Anlagen des Busbahnhofes am Hauptbahnhof auch tatsächlich von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können.

■ der OB beauftragt wurde, bei der zuständigen Landesbehörde für das historisch bedeutende Lindenrondell auf dem Hasselberg, Ortsteil Marquardt, die Anerkennung als Gartendenkmal zu beantragen.

■ sich der OB um ein Angebot für die Abrechnung der Straßenreinigungsgebühren durch die Stadtwerke Potsdam bemühen muss;

■ der OB alle erforderlichen Maßnahmen veranlassen muss, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass im Babelsberger Karl-Liebkecht-Stadion langfristig die für den Spielbetrieb des SV Babelsberg und des FFC Turbine Potsdam erforderlichen Bedingungen gesichert bzw. geschaffen werden.

■ der OB beauftragt wurde, in der Arbeitsgruppe Wohnkosten prüfen zu lassen, inwieweit Kostensenkungspotenziale zur Verringerung von Bewirtschaftungskosten gefunden werden können.

■ der Oberbürgermeister prüfen muss, wie ein Lückenschluss des Rundweges für Fußgänger um den Fahrländer See realisiert werden kann.

■ der OB beauftragt wurde, ein Konzept zur Verbesserung der Situation der Oberflächengewässer und Regenwassersammelbecken im Stadtteil Kirchsteigfeld zu erstellen;

■ der OB sich dafür einsetzen muss, dass bei der Zulassung von Schulen in Freier Trägerschaft die kommunalen Interessen berücksichtigt und vorliegende Anträge in den zuständigen städtischen Gremien diskutiert werden.

■ der OB die Fusion der beiden Potsdamer Allgemeinen Förderschulen zu einer gemeinsamen Förderschule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt LERNEN und die Beibehaltung des bisherigen Ganztagsmodells der Bruno-Rehdorf-Schule an der ab dem 01.08.2007 neu zu errichtenden gemeinsamen Förderschule realisieren muss;

■ der OB das Filmuseum als renommierte Kultureinrichtung der Landeshauptstadt dahingehend unterstützen muss, dem von der Landesregierung geplanten Personalabbau entgegenzuwirken;

■ der OB prüfen musste, in welcher Form Bürgerinitiativen, die sich übergreifend und stabil um Probleme in den Wohngebieten kümmern und damit der Verwaltung als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, ein Budget eingerichtet wird.

(eine umfassende Bilanz wird die Linksfraktion in den nächsten Tagen vorlegen)



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung

Potsdam, Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr

25. August, 01. und 08. September 2008, (Ferien vom 17. Juli bis 22. August 2008)

51. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Plenarsaal, 10. September 2008, Beginn 13 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

AWO- Kita „Weberspatzen“, Webersplatz 13 in Babelsberg

14. September 2008, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2008

Stadthaus, Raum 3.107, 18. bis 23. Juli 2008 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

19. September 2008:	14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost
	14:30 Uhr Kepler-Platz, Am Stern
	15:00 Uhr Rathaus Babelsberg
	15:00 Uhr Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16:00 Uhr Havel-Nuthe-Center, Drewitz
20. September 2008:	10:00 Uhr Marktplatz Kirchsteigfeld
	10:00 Uhr Stadtplatz, Am Schlaatz
	11:00 Uhr REWE-Markt, Ortsteil Fahrland
23. September 2008:	14:00 Uhr REWE-Markt, Zentrum Ost
	15:00 Uhr Rathaus Babelsberg

23. August 2008, 13 Uhr

19. Sommerfest der Potsdamer Linken im Neuen Lustgarten

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIELINKEN-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119